

veranlassen. Zumeist gehen die Bevollmächtigten diesen Hinweisen der SED in eigener Verantwortlichkeit nach. Lediglich in Fällen, da langwierige Untersuchungen zu erwarten sind, ist die Genehmigung der Zentrale erforderlich.

Auch dieser Apparat arbeitet also zumindest indirekt für den Staatssicherheitsdienst und kann von diesem, wenn auch in begrenztem Umfange, entsprechend gelenkt werden. Kurios erscheint, daß die ZKSK in einem einzigen Fall ihren großen Bruder, den SSD, kontrollieren darf, wenn auch nur auf administrativem Gebiet. Eine kleine Gruppe von politisch besonders zuverlässigen Personen innerhalb der „Arbeitsgruppe Finanzen“ in der ZKSK darf nämlich zum Zweck der Prüfung der richtigen Verwendung der Mittel Einsicht in den Haushaltsplan des Staatssicherheitsdienstes nehmen.

DIE KADERABTEILUNGEN

Von sehr großer Bedeutung ist auch die Hilfe, die dem Staatssicherheitsdienst bei der Ermittlung von Personalangelegenheiten durch die sogenannten Kaderabteilungen der staatlichen Dienststellen und volkseigenen Betriebe erwiesen wird. Die Kaderabteilungen erfüllen Aufgaben, die rein äußerlich denen der Personalabteilungen eines beliebigen Betriebes ähneln. Schon kurz nach ihrer Einrichtung erwies sich jedoch, daß die Aufgabenstellung über diesen Rahmen weit hinaus ging. Neben der Verwaltung aller Personalunterlagen sehen die Kaderabteilungen ihre Hauptaufgabe darin, alle Belegschaftsmitglieder politisch gründlich zu durchleuchten und die dabei erzielten Ergebnisse für die politischen und geheimdienstlichen Überwachungsorgane übersichtlich zu ordnen. Die leitenden Angestellten arbeiten also nicht nur eng mit den verschiedenen SED-Dienststellen zusammen (Kaderleiter sind grundsätzlich SED-Mitglieder), sondern sind verpflichtet, den Staatssicherheitsdienst in jeder Weise zu unterstützen. Häufig sind die Kaderleiter außerdem Spitzelverpflichtungen eingegangen. In den Fällen, da dies nicht zutrifft, üben andere Angestellte der Kaderabteilung diese Tätigkeit aus und machen den SSD von sich aus auf Vorgänge im Betrieb aufmerksam.

Welche bedenklichen Auswirkungen das Zusammenspiel des SSD mit den Kaderabteilungen auch für westdeutsche Einwohner und überhaupt für die Sicherheit der Bundesrepublik haben kann, zeigen die Ende 1955 erneuerten Personalfragebogen. Abgesehen von der geradezu penetranten Neugierde, die aus allen Fragen spricht und von denen kein Bereich des privaten Lebens verschont bleibt, erscheint besonders die Frage 27 interessant. Erstmals müssen alle Beschäftigten der staatlichen Dienststellen und der Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft die Wohnorte und Arbeitsstellen ihrer nahen Verwandten einschließlich der Schwiegereltern aufführen, auch wenn diese in Westdeutschland oder in Westberlin wohnen. Hier eröffnen sich der Spionagetätigkeit des Staatssicherheitsdienstes geradezu ideale Perspektiven! Es besteht kein Zweifel, daß diese Frage 27 mit vollem Vorbedacht gestellt ist und daß der SSD die Personalbogen gerade in bezug auf diese Frage systematisch durchsehen wird, um Ansatzpunkte für seine Spionagetätigkeit im Westen ausfindig zu machen (s. Seite 31).

DIE LESERBRIEFREDAKTIONEN

Nicht unerwähnt sollen schließlich die Zuträgerdienste der kommunistischen Presse und des Rundfunks bleiben. Insbesondere die Ressorts für Leserbriefe der einzelnen Redaktionen arbeiten mit dem SSD zusammen. Eingegangene Leserbriefe, deren angegebene oder anonym gebliebene Verfasser bei dem bearbeitenden Redakteur den Eindruck erwecken, „politische Provokateure“ und „Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht“ zu sein, müssen dem SSD zum Zwecke von Ermittlungen zugeleitet werden. Verschiedentlich erfolgt die Auslieferung derartiger Briefe direkt durch den Redakteur, mitunter auch über die Chefredaktion.